

Anfragebeantwortung zur Russischen Föderation: Informationen zum alternativen Zivildienst [a-12229]

29. September 2023

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Auskünften von Expert:innen und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Dieses Produkt stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen	2
Verfahren zum Antrag auf Ableistung eines Wehersatzdienstes	4
Frist zur Antragstellung bis 6 Monate vor der Einberufung.....	6
Durchführung einer persönlichen Anhörung	6
Ausübung von Druck auf Wehrdienstpflichtige während persönlicher Anhörung	7
Gründe für Ablehnung von Anträgen auf Ableistung des alternativen Zivildienstes	8
Änderung der Praxis bei Antragstellung auf Ableistung des alternativen Zivildienstes seit Ausrufung der partiellen Mobilisierung	10
Strafverfahren gegen Wehrdienstpflichtige, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen ablehnen.....	10
Diskriminierung bei Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen.....	11
Wahlrecht bezüglich Ableistung des alternativen Zivildienstes in einer zivilen oder militärischen Einrichtung; Berichte über verstärkten Einsatz von Personen in militärischen Einrichtungen; Fälle, in denen Zivildienstler von einer zivilen in eine militärische Einrichtung versetzt wurden; Möglichkeit, sich gegen eine solche Versetzung zu wehren.....	11

Einberufung von Personen, die Zivildienst abgeleistet haben, als Reservisten (Positionen, Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen)	12
Konsequenzen für Wehrdienstpflichtige, die die Ableistung des Grundwehrdienstes nach Ablehnung des alternativen Zivildienstes verweigern.....	14
Konsequenzen für Reservisten im Fall der Mobilmachung bei Berufung auf das Recht auf Wehrdienstverweigerung	15
Quellen: (Zugriff auf alle Quellen am 29. September 2023)	18
Anhang: Quellenbeschreibungen und Informationen aus ausgewählten Quellen	21

Kurzbeschreibungen zu den in dieser Anfragebeantwortung verwendeten Quellen sowie Ausschnitte mit Informationen aus diesen Quellen finden Sie im Anhang.

Im Zuge dieser Anfragebeantwortung wurden auch Quellen in Russland kontaktiert. Quellen wiesen darauf hin, dass es ihnen nicht möglich sei, auf Fragen zu antworten, da es in Russland derzeit praktisch verboten sei, mit ausländischen und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die Strafen dafür könnten von einer Aufnahme ins Register „ausländischer Agent:innen“ bis hin zu einem Strafverfahren reichen, weshalb eine offene Zusammenarbeit nicht möglich sei.

Allgemeine Informationen

Unter Bezugnahme auf verschiedene Quellen schreibt das Danish Immigration Service (DIS) in einem Bericht vom Dezember 2022, dass Paragraph 59 Absatz 3 der russischen Verfassung das Recht garantiere, den Militärdienst mit alternativem Zivildienst zu ersetzen, wenn moralische, religiöse oder weltliche Überzeugungen dem Militärdienst entgegenstehen würden. Vor dem 24. Februar 2022 hätten nach Angaben des Verteidigungsministeriums jedes Jahr ca. 2.000 Personen den alternativen Zivildienst beantragt, davon seien etwa 1.000 Anträge bewilligt worden. Die russischen Behörden würden drei Gründe für den alternativen Zivildienst anerkennen: 1) religiöse Gründe würden dem Ableisten des Militärdienstes entgegenstehen, 2) persönliche Überzeugungen würden dem Ableisten des Militärdienstes entgegenstehen, 3) eine Person gehöre einem der russischen indigenen Völker an, die eine traditionelle Lebensweise hätten und traditionelle Landwirtschaft oder ein traditionelles Handwerk betreiben würden. Die reguläre Wehrpflicht dauere 12 Monate, ein alternativer Zivildienst bei einer militärischen Stelle 18 Monate, außerhalb des militärischen Bereichs („outside the defence area“) dauere der alternative Zivildienst 21 Monate, etwa in der Krankenpflege, der Reinigung oder bei der Post (DIS, Dezember 2022, S. 27). Laut einem Artikel von Forum 18 vom Dezember 2022 würden Personen, die ihren Zivildienst abgeleistet hätten, genau wie auch diejenigen, die ihren Militärdienst abgeleistet hätten, in die Reserve aufgenommen, wodurch sie wieder einberufen werden könnten (Forum 18, 19. Dezember 2022).

Ähnliche allgemeine Informationen zum alternativen Zivildienst finden sich auch in folgendem Bericht der Europäischen Asylagentur (European Union Agency for Asylum, EUAA) vom

Dezember 2022 auf den Seiten 20 und 21 sowie in einem Entscheiderbrief des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vom Oktober 2022 auf S. 4:

- EUAA – European Union Agency for Asylum: The Russian Federation – Military service, Dezember 2022
https://www.ecoi.net/en/file/local/2084282/2022_12_EUAA_COI_Report_Russian_Federation_Military_service.pdf
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Entscheiderbrief 10/2022, 21. Oktober 2022
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Entscheiderbrief/2022/entscheiderbrief-10-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=2

In einer Anfragebeantwortung von EUAA vom Februar 2023, unter anderem zu Entwicklungen im Bereich Wehrdienst, wird unter Bezugnahme auf Quellen, die zukünftige Wehrdienstpflichtige beraten, angegeben, dass es schwierig sei, den Wehrdienst durch den alternativen Zivildienst zu ersetzen. Die Beantragung des alternativen Zivildienstes auf Grundlage persönlicher Überzeugungen sei schwieriger gewesen als auf Grundlage religiöser Überzeugungen. Dabei müsse die Religion des Wehrdienstpflichtigen allgemein bekannt und anerkannt sein, sollte mit zusätzlichen Dokumenten, beispielsweise einer Mitgliedsbescheinigung, nachgewiesen werden und die Zugehörigkeit sollte bereits länger andauern (EUAA, 17. Februar 2023, S. 11-12).

Eine in Russland ansässige Quelle, die aus Sicherheitsgründen nur anonym zitiert wird, gab in einer E-Mail-Auskunft vom 21. September 2023 an, dass es in einem Umfeld kompletter Gesetzlosigkeit und total Zensur schwierig sei, ein Recht auf alternativen Zivildienst geltend zu machen. Religiöse Begründungen würden sei dem Verbot der Zeugen Jehovas praktisch nicht mehr akzeptiert (Quelle in Russland, 21. September 2023).

Wedomosti schreibt in einem Artikel vom August 2023, dass laut offiziellen Daten 1.140 Personen in Russland im 2. Halbjahr 2023 den alternativen Zivildienst durchlaufen würden. In der ersten Jahreshälfte 2023 seien es 1.199 Personen gewesen. Die höchste Anzahl an Zivildienstern habe es in der zweiten Jahreshälfte 2016 mit 1.215 Personen gegeben. Seither liege die Anzahl bei durchschnittlich 1.100 bis 1.200 Personen. Die Militäroperation in der Ukraine habe sich nicht auf die Anzahl der Zivildienstler ausgewirkt, insbesondere hätten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 weniger Personen (1.152) als in der ersten Jahreshälfte (1.166) für den Zivildienst entschieden (Wedomosti, 31. August 2023).

Kommersant meldet im September 2023, dass das Arbeitsministerium vorgeschlagen habe, die Liste der Organisationen, bei denen der alternative Zivildienst absolviert werden könne, um 144 Organisationen in mehreren Regionen des Landes, darunter der Krim, zu erweitern. Derzeit könnten Zivildienstler ihren alternativen Zivildienst in etwa 150 Berufen absolvieren (Kommersant, 6. September 2023). Laut der Lehrerzeitung (Utschitelskaja Gaseta, UG) sei die eigentliche Liste der Organisationen, bei denen der alternative Zivildienst absolviert werden könne, im Februar 2023 verabschiedet worden und enthalte mehr als 800 Organisationen (UG, 6. September 2023). Der Kommersant erwähnt in seinem Artikel, dass die Liste der Organisationen jedes Jahr erneuert werde (Kommersant, 6. September 2023).

Laut einer im November 2022 erlassenen Novellierung des Föderalen Gesetzes „Über die Vorbereitung der Mobilisierung und die Mobilisierung in der Russischen Föderation“ und der

damit einhergehenden Einfügung des Artikels 17.1 in das Gesetz (Forum 18, 19. Dezember 2022) sei es möglich, Personen, die ihren alternativen Zivildienst in Organisationen ableisten würden, die der Exekutive oder den lokalen Regierungen unterstehen würden, während einer Mobilisierung als ziviles Personal in der russischen Armee, anderen Truppen, militärischen Formationen, Einrichtungen und Spezialeinheiten einzusetzen (Nowaja Gaseta Europe, 4. November 2022).

Das Föderale Gesetz „Über die Vorbereitung der Mobilisierung und die Mobilisierung in der Russischen Föderation“ vom 26. Februar 1997 mit Novellierungen bis inklusive 4. August 2023 finden Sie unter folgendem Link:

- Föderales Gesetz „Über die Vorbereitung der Mobilisierung und die Mobilisierung in der Russischen Föderation“, 26. Februar 1997, inklusive Novellierungen bis inklusive 4. August 2023 (verfügbar auf KonsultantPlus) [Russisch]
https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_13454/

Der oben bereits erwähnte Bericht von EUAA vom Dezember 2022 erwähnt, dass Paragraph 328.2 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation den Entzug vom alternativen Zivildienst mit einer Geldstrafe in Höhe von bis zu 80.000 Rubel [ca. 773 Euro mit Stand September 2023¹], oder in Höhe des Lohns oder Gehalts oder eines anderen Einkommens der verurteilten Person für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten oder mit Zwangsarbeit für eine Dauer von bis zu 480 Stunden², oder durch Arrest für drei bis sechs Monate bestraft (EUAA, Dezember 2022, S. 21).

Verfahren zum Antrag auf Ableistung eines Wehrrersatzdienstes

Auf einer undatierten Webseite der Soldatenmütter von Sankt Petersburg zu Fragen und Antworten bezüglich des alternativen Zivildienstes wird erläutert, dass die Artikel 12 und 13 des Kapitels 2 des Föderalen Gesetzes „Über den alternativen Zivildienst“ Auskunft darüber geben würden, wie und wo ein Antrag auf alternativen Zivildienst gestellt werden könne, wie die Antragstellung erfolge und wie die Gewährung des Zivildienstes vorstattengehe. Der Antrag sei bei dem Militärkommissariat einzureichen, bei dem der Wehrdienstpflichtige registriert sei. Die inhaltliche Überprüfung durch die Kommission finde allerdings in Anwesenheit der Person statt. Es müsse also zunächst der Antrag gestellt werden, dann erfolge die Überprüfung des Antrags bei einer Sitzung der Einberufungskommission sowie ein Beschluss über den Ersatz des Militärdienstes durch alternativen Zivildienst oder auch die Ablehnung des

¹ Alle Währungsumrechnungen in dieser Anfragebeantwortung werden unter Verwendung des folgenden Währungsrechners vorgenommen: Europäische Kommission: Infoeuro, ohne Datum, https://commission.europa.eu/funding-tenders/procedures-guidelines-tenders/information-contractors-and-beneficiaries/exchange-rate-infoeuro_de

² Im EUAA-Bericht ist unter Bezugnahme auf eine englische Version des russischen Strafgesetzbuches mit Änderungen bis inklusive Dezember 2004 angegeben, dass die Umgehung des alternativen Zivildienstes unter anderem mit Zwangsarbeit im Ausmaß von 180 bis 240 Stunden bestraft werden könne (EUAA, Dezember 2022, S. 21). In der aktuellen Version des russischen Strafgesetzbuches mit Änderungen bis inklusive August 2023 ist von Zwangsarbeit in einem Ausmaß von bis zum 480 Stunden die Rede (Russisches Strafgesetzbuch, 13. Juni 1996, inklusive Novellierungen bis 4. August 2023, Paragraph 328.2). Zur Überprüfung des Gesetzes wurde die kommerzielle Gesetzesdatenbank KonsultantPlus herangezogen, weil auf die offizielle russische Gesetzesdatenbank pravo.gov.ru nicht zugegriffen werden konnte.

Antrags. Erst danach finde die medizinische Untersuchung des Wehrdienstpflichtigen statt. Wie auch immer die Entscheidung ausfalle, solle der Antragsteller einen Auszug aus dem Protokoll der Sitzung mit der Entscheidung einfordern (Soldiers' Mothers of Saint-Petersburg, ohne Datum).

Das Föderale Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“ vom Juli 2002 mit Novellierungen bis inklusive Juni 2023 finden Sie unter folgendem Link:

- Föderales Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“, 25. Juli 2002, inklusive Novellierungen bis inklusive 13. Juni 2023 (verfügbar auf KonsultantPlus)
https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_37866/

Auch Sergej Kriwenko, Leiter der Menschenrechtsgruppe „Bürger. Armee. Recht“, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass das Föderale Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“ 2002 in Russland verabschiedet worden sei. Das gesamte Verfahren in Bezug auf den alternativen Zivildienst sei in diesem Gesetz geregelt. Um einen Antrag auf alternativen Zivildienst zu stellen, müsse persönlich oder per Post ein Antrag beim Militärkommissariat eingebracht werden. Es gebe kein verpflichtendes Format für einen derartigen Antrag, aber ausgehend von den Normen des Gesetzes müssten darin die eigenen Überzeugungen erklärt werden. Weder in der russischen Verfassung noch im Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“ gebe es Einschränkungen hinsichtlich dieser Überzeugungen. Sie könnten pazifistisch, religiös, gegen den Krieg gerichtet, politisch usw. sein. Vor der Einberufungskommission müsse der Wehrdienstpflichtige persönlich erscheinen und begründen, warum seine Überzeugungen dem Wehrdienst widersprechen würden. Nur etwa die Hälfte der Anträge auf alternativen Zivildienst würden beim ersten Mal genehmigt. Aber laut Gesetz könne gegen die Ablehnung des Antrags auf alternativen Zivildienst vor Gericht Berufung eingelegt werden. Etwa ein Fünftel der Fälle vor Gericht werde gewonnen. Wenn das Gericht den Antrag jedoch ablehne, könne man bei der nächsten Einberufung wieder einen Antrag auf alternativen Zivildienst stellen (Kriwenko, 25. September 2023).

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerer (European Bureau for Conscientious Objection, EBCO) erläutert in einem Bericht vom Mai 2023 zu Wehrdienstverweigerung aus Gewissengründen in Europa in den Jahren 2022 und 2023, dass die Einberufungskommission, die die Entscheidung über das Ersetzen der Wehrpflicht durch alternativen Zivildienst treffe, auf Gemeindeebene gebildet werde („is formed based on municipalities“). Da es jedoch an finanziellen Mitteln mangle, würden die Sitzungen im Militärkommissariat abgehalten. Dadurch würden praktisch die Vertreter des Militärkommissariats über das Ersetzen der Wehrpflicht durch alternativen Zivildienst entscheiden (EBCO, 12. Mai 2023, S. 67).

Eine in Russland ansässige Quelle, die aus Sicherheitsgründen nur anonym zitiert wird, gab in einer E-Mail-Auskunft vom 21. September 2023 an, dass gegen alle Bestimmungen des Gesetzes zum alternativen Zivildienst von den Militärkommissariaten in jeder Phase der Umsetzung verstoßen werde. Anträge von Wehrdienstpflichtigen auf alternativen Zivildienst würden nicht akzeptiert und einfach ohne Grundlage abgelehnt. Nur wenige Anträge würden gestellt und es gebe kaum Gerichtsentscheidungen (Quelle in Russland, 21. September 2023).

Frist zur Antragstellung bis 6 Monate vor der Einberufung

In der Anfragebeantwortung von EUAA vom Februar 2023, unter anderem zu Entwicklungen im Bereich Wehrdienst, wird unter Bezugnahme auf Quellen, die zukünftige Wehrdienstpflichtige beraten, angegeben, dass der Antrag auf alternativen Zivildienst beim Militärrekrutierungsbüro spätestens sechs Monate vor Beginn der Einberufung gestellt werden müsse. Das späteste Postdatum auf dem Antrag für eine Einberufung im Frühjahr dürfe der 1. Oktober sein, für eine Einberufung im Herbst der 1. April (EUAA, 17. Februar 2023, S. 11).

Laut den undatierten Fragen und Antworten auf der Seite der Soldatenmütter von Sankt Petersburg finde sich die Anforderung, den Antrag auf den alternativen Zivildienst ein halbes Jahr im Voraus zu stellen, tatsächlich in Artikel 11 des Föderalen Gesetzes „Über den alternativen Zivildienst“. Wer von Oktober bis Dezember einberufen werde, müsse seinen Antrag bis zum 1. April stellen, wer von April bis Juni einberufen werde, bis zum 1. Oktober. Die Mehrheit der Wehrdienstpflichtigen versäume diese Frist für den Antrag auf alternativen Zivildienst allerdings. Die Versäumnis der Frist alleine könne kein Grund dafür sein, die Annahme und Registrierung des Antrags zu verweigern. Es könne eine Ablehnung des Antrags aufgrund der Fristversäumnis erfolgen, aber nur auf der Sitzung der Einberufungskommission in Anwesenheit des Wehrdienstpflichtigen. Die Einberufungskommission könne, müsse den Antrag aufgrund der Fristversäumnis aber nicht ablehnen. Es gebe aber eine große Wahrscheinlichkeit, dass die Einberufungskommission den Ersatz der Wehrpflicht durch den alternativen Zivildienst ablehne. Die Einberufungskommission könne aber die Gründe für die Fristversäumnis als einleuchtend ansehen und dem Antrag zustimmen. Von daher solle man die Einberufungskommission, wenn die Frist zur Antragstellung verstrichen sei, in seinem Antrag darum bitten, die Frist zu verlängern und eine Entscheidung über den Ersatz der Wehrpflicht durch den alternativen Zivildienst zu treffen (Soldiers' Mothers of Saint-Petersburg, ohne Datum).

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass die Frist zur Antragstellung sechs Monate vor der Einberufung in der Praxis relevant sei. Wenn ein Wehrdienstpflichtiger diese Frist versäume, werde ihm üblicherweise das Recht auf einen alternativen Zivildienst verweigert, trotz der Position des Verfassungsgerichts, dass eine versäumte Frist wieder eingesetzt werden könne (Kriwenko, 25. September 2023).

Durchführung einer persönlichen Anhörung

Laut den undatierten Fragen und Antworten auf der Seite der Soldatenmütter von Sankt Petersburg überprüfe die Einberufungskommission gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Föderalen Gesetzes „Über den alternativen Zivildienst“ die Argumente eines Wehrdienstpflichtigen, dass der Wehrdienst seinen Überzeugungen widerspreche, nicht nur auf Grundlage der Anhörung des Wehrdienstpflichtigen selbst bei der Sitzung der Kommission, sondern auch auf Grundlage der Anhörung von Personen, die sich bereit erklärt hätten, die Glaubwürdigkeit der Argumente des Wehrdienstpflichtigen zu bestätigen. Zudem würden die Unterlagen berücksichtigt, die der Wehrdienstpflichtige eingereicht habe, sowie Zusatzmaterialien, die die Einberufungskommission erhalten habe. Der schriftliche Antrag des Wehrdienstpflichtigen auf alternativen Zivildienst sowie die Anhörung des Wehrdienstpflichtigen selbst bei der

Einberufungskommission seien obligatorische Bestandteile des Verfahrens, der Rest sei fakultativ (Soldiers' Mothers of Saint-Petersburg, ohne Datum).

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass der Wehrdienstpflichtige vor der Einberufungskommission persönlich erscheinen und begründen müsse, warum seine Überzeugungen dem Wehrdienst widersprechen würden (Kriwenko, 25. September 2023)

Eine in Russland ansässige Quelle, die aus Sicherheitsgründen nur anonym zitiert wird, gab in einer E-Mail-Auskunft vom 21. September 2023 an, dass eine persönliche Anhörung verpflichtend sei, denn das Recht auf alternativen Zivildienst fuße auf den persönlichen Überzeugungen der einzelnen Person (Quelle in Russland, 21. September 2023).

Ausübung von Druck auf Wehrdienstpflichtige während persönlicher Anhörung

Laut den undatierten Fragen und Antworten auf der Seite der Soldatenmütter von Sankt Petersburg sei es wahrscheinlich, dass vor Beginn der Anhörung von der Einberufungskommission unter verschiedenen Vorwänden versucht werde, den Wehrdienstpflichtigen davon zu überzeugen, zuerst die medizinische Untersuchung zu durchlaufen. Dies sollte auf keinen Fall getan werden, auch dann nicht, wenn man den Wehrdienstpflichtigen zu überreden versuche, indem man ihm sage, dass er ja vielleicht gar nicht tauglich sei, wodurch er dann den alternativen Zivildienst gar nicht brauche. Laut Artikel des Föderalen Gesetzes „Über den alternativen Zivildienst“ werde folgendes Verfahren vorgesehen: Einreichung des Antrags, Überprüfung des Antrags bei einer Sitzung der Einberufungskommission sowie eine Entscheidung über Ersetzung des Wehrdienstes durch alternativen Zivildienst oder Ablehnung des Antrags, erst danach erfolge die medizinische Untersuchung. Es sei auch nicht ausgeschlossen, dass versucht werde, „Präventivgespräche“ mit dem Antragsteller zu führen, um zu versuchen ihn davon zu überzeugen, dass er kein Recht habe, einen derartigen Antrag zu stellen. Derartigen Gesprächen sollte man aus dem Weg gehen. Und man sollte nicht alleine zur Einberufungskommission gehen, sondern mit Helfer:innen und Zeug:innen (Soldiers' Mothers of Saint-Petersburg, ohne Datum)

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass Wehrdienstpflichtige vor der Einberufungskommission häufig mit Diskriminierung und Druck konfrontiert seien (Kriwenko, 25. September 2023).

EBCO erwähnt im Mai 2023, dass Militärkommissariate Druck auf Rekruten ausüben würden und ihnen erklären würden, dass das Einfordern des Zivildienstes rechtswidrig sei (EBCO, 12. Mai 2023, S. 62).

Medusa zitiert in einem Artikel vom Juli 2022 einen Anwalt der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer, demzufolge junge Männer schon vor der Anhörung vor der Einberufungskommission mit Problemen konfrontiert sein könnten. Die Einberufungsstellen würden häufig einfach keine Anträge auf alternativen Zivildienst akzeptieren. Die Mitarbeiter:innen dort würden die Männer entmutigen, indem sie behaupten würden, dass das Gesetz zum alternativen Zivildienst abgeschafft worden sei. Oder sie würden den Männern sagen, sie müssten vier Jahre lang ohne Bezahlung ihren Dienst ableisten, sie würden zum Holzhacken nach Sibirien geschickt und Ähnliches mehr (Medusa, 25. Juli 2022)

Gründe für Ablehnung von Anträgen auf Ableistung des alternativen Zivildienstes

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass Artikel 12, Punkt 4 des Gesetzes „Über den alternativen Zivildienst“ eine Liste von fünf Gründen anführe, auf deren Grundlage die Einberufungskommission einen Antrag auf alternativen Zivildienst abweisen könne. Die Gründe seien die folgenden:

- die Person habe die Frist versäumt und/oder das Verfahren zur Einreichung des Antrags auf Ersetzung des Wehrdienstes durch den alternativen Zivildienst nicht befolgt
- die die Person charakterisierenden Dokumente und anderen Angaben würden nicht den Argumenten der Person entsprechen, dass der Militärdienst ihren Überzeugungen oder ihrem Glauben widerspreche
- der Antrag der Person auf Ersetzung des Wehrdienstes durch den alternativen Zivildienst und die beigefügten Unterlagen würden wissentlich falsche Angaben enthalten
- die Person sei zwei Mal zu den Sitzungen der Einberufungskommission vorgeladen worden sei ohne triftige Gründe nicht erschienen
- der Person sei vorher die Möglichkeit eingeräumt worden, einen alternativen Zivildienst zu absolvieren, und sie habe sich diesem entzogen

Laut Sergej Kriwenko bilde hauptsächlich der erste Punkt– das Versäumen der formalen Frist für die Antragstellung – die Grundlage für eine negative Entscheidung, obwohl es eine Entscheidung des Verfassungsgerichts gebe, dass selbst bei versäumter Frist die Einberufungskommission das Recht habe, einem Antrag auf alternativen Zivildienst stattzugeben. Der zweithäufigste Grund für eine Absage sei, dass der Wehrdienstpflichtige „seine Überzeugungen nicht bewiesen“ habe, obwohl dies dem Gesetz widerspreche, denn der Wehrdienstpflichtige müsse seine Überzeugungen nicht beweisen. Er müsse nur begründen, warum seine Überzeugungen dem Wehrdienst widersprechen würden (Kriwenko, 25. September 2023).

The Village veröffentlicht im Juni 2022 ein Interview mit dem Juristen Arseni Lewinson, der schon zehn Jahre lang Wehrdienstpflichtige dabei unterstütze, zum alternativen Zivildienst zugelassen zu werden. Es gebe keine genauen Statistiken dazu, wie häufig Anträge auf Zivildienst abgelehnt würden. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sei dies nur in drei Prozent der Anträge der Fall, er, Lewinson, halte diese Angaben allerdings für nicht richtig. Seinen Beobachtungen zufolge würden ein Drittel bis die Hälfte aller Anträge abgelehnt (The Village, 22. Juni 2022).

EBCO schreibt in seinem im Mai 2023 veröffentlichten Bericht, dass laut Statistik der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer 50 Prozent der Anträge auf alternativen Zivildienst abgelehnt würden. Die beiden häufigsten Gründe seien die Versäumnis der Frist für die Stellung des Antrags auf alternativen Zivildienst und die Tatsache, dass der Einberufungskommission Beweise vorliegen würden, dass der Wehrdienstpflichtige keine Überzeugungen habe, die dem Wehrdienst entgegenstehen würden. Laut Gesetz müsse die Einberufungskommission im Fall der Ablehnung eines Antrags eine Begründung für die Ablehnung liefern („issue a reasoned refusal“), dies komme aber nur vereinzelt vor (EBCO, 12. Mai 2023, S. 61).

Im Interview mit The Village gab der Jurist Arseni Lewinson im Juni 2022 an, dass die meisten Ablehnungen nicht gerechtfertigt seien. In der Entscheidung werde angegeben, dass der Antragsteller die Mitglieder der Kommission nicht überzeugt habe. Oder es werde in der Entscheidung einfach auf das Gesetz verwiesen, obwohl dort stehe, dass eine Ablehnung begründet sein müsse. Lewinson gab an, er sei der Ansicht, dass es für das Militärkommissariat schwierig sei anzuerkennen, dass ein Mensch andere Ansichten haben könne und diese berücksichtigt werden müssten. Die Mitglieder der Kommission könnten solche Personen als Wehrdienstverweigerer betrachten, obwohl es schwer sei, in einem solchen Fall von Wehrdienstverweigerung zu sprechen. Es sei offensichtlich, dass dies nicht der Fall sein sollte. Eine Entscheidung sollte nicht auf der Grundlage von subjektiven Einschätzungen, sondern auf der Grundlage von Rechtsgrundsätzen getroffen werden. Außerdem passe der alternative Zivildienst schlecht ins System. Die Militärkommissariate seien daran gewöhnt, dass ein Mensch entweder zur Armee gehe oder aus gesundheitlichen Gründen auf ehrlichem Wege oder durch Korruption vom Wehrdienst befreit werde. Der alternative Zivildienst sei ein dritter Weg, um nicht in die Armee zu gehen und kein Bestechungsgeld zu zahlen. Das passe den Militärkommissariaten nicht (The Village, 22. Juni 2022).

In der Anfragebeantwortung von EUAA vom Februar 2023, unter anderem zu Entwicklungen im Bereich Wehrdienst, wird unter Bezugnahme auf verschiedenen Quellen angegeben, dass zu den häufigen Gründen für die Ablehnung des alternativen Zivildienstes der Ablauf der Bewerbungsfrist, eine unzureichende Begründung für den Antrag auf alternativen Zivildienst, falsche Angaben des Bewerbers, fehlende freie oder geeignete Stellen sowie die Umgehung des Wehrdienstes in der Vergangenheit gehört hätten (EUAA, 17. Februar 2023, S. 11).

Laut Bericht der EUAA vom Dezember 2022 habe das Büro für Öffentlichkeitsarbeit der Zeugen Jehovas gegenüber OHCHR im März 2022 berichtet, dass Wehrdienstpflichtige, die den Zivildienst aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen beantragt hätten, von Mitgliedern der Rekrutierungskommissionen bedroht worden und ihre Anträge abgelehnt worden seien. (EUAA, Dezember 2022, S. 21)

In einem Artikel der deutschen Tageszeitung Frankfurter Rundschau (FR) vom Mai 2023 kommt eine Vertreterin der russischen Organisation „Movement of Conscientious Objection“ zu Wort, die Folgendes auf die Frage antwortet, wie sich russische Männer dem Krieg gegen die Ukraine entziehen können:

„Es ist ein grundlegendes Menschenrecht zu sagen: ‚Ich will niemanden umbringen.‘ Wir werden das immer wieder einklagen. Aber in der Praxis ist das sehr kompliziert. Es gibt die Option, den Kriegsdienst zu verweigern und einen Zivildienst zu machen. Aber etwa die Hälfte der Anträge wird abgelehnt, oft unter Vorwänden, dass die Menschen ihren Antrag nicht richtig ausgefüllt hätten oder dass ihre medizinischen Atteste nicht ausreichen.“ (FR, 16. Mai 2023)

Eine in Russland ansässige Quelle, die aus Sicherheitsgründen nur anonym zitiert wird, gab in einer E-Mail-Auskunft vom 21. September 2023 an, dass Anträge aus jeglichen rechtswidrigen Gründen abgelehnt würden. Es sei unmöglich, diese alle aufzuzählen. Es werde oft angegeben, dass die Frist zur Antragstellung angeblich verstrichen sei oder der Antragsteller seine Überzeugungen nicht nachgewiesen habe (Quelle in Russland, 21. September 2023).

Änderung der Praxis bei Antragstellung auf Ableistung des alternativen Zivildienstes seit Ausrufung der partiellen Mobilisierung

Das BAMF führt in seinem oben bereits erwähnten Entscheiderbrief vom Oktober 2022 unter Bezugnahme auf verschiedene Quellen folgende Informationen an:

„Grundwehrdienstpflichtige Personen können auch unter den gegenwärtigen Bedingungen unverändert einen Antrag auf Zivildienst stellen. Die Antragszahlen sollen dabei seit Kriegsbeginn deutlich gestiegen sein. Erkenntnisse zur Anzahl der abgelehnten Anträge liegen nicht vor. Für Reservisten besteht demgegenüber laut dem staatlichen russischen Bürgerinformationsportal Explain.rf und der offiziellen Hotline für Fragen zur Teilmobilisierung (entgegen der o. g. verfassungsrechtlichen Garantie) keine Möglichkeit zum Ersatzdienst.“ (BAMF, 21. Oktober 2022, S. 4)

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass nach Beginn der Mobilisierung am 21. September 2022 schwerwiegende Änderungen an den Gesetzen vorgenommen worden seien, die den Wehrdienst regeln würden. Keine dieser Änderungen betreffe allerdings den Bereich des alternativen Zivildienstes, weshalb sich für Wehrdienstpflichtige, die den alternativen Zivildienst absolvieren wollten, formal nichts geändert habe (Kriwenko, 25. September 2023).

Strafverfahren gegen Wehrdienstpflichtige, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen ablehnen

Im Interview mit The Village gab Arseni Lewinson im Juni 2022 an, dass er bereits drei Fälle gehabt habe, in denen Einberufungskommissionen Wehrdienstpflichtigen, die einen Antrag auf Zivildienst gestellt hätten, mit administrativen Verfahren wegen Diskreditierung der Streitkräfte gedroht hätten. In Moskau habe ein junger Mann seinem Lebenslauf ein Anti-Kriegslied beigefügt, das er zwei Jahre zuvor geschrieben habe. Der im Bezirk zuständige Polizist in der Kommission habe ihm gedroht, das Lied zur Überprüfung an das Ermittlungskomitee zu schicken, es habe sich aber nur um einen Einschüchterungsversuch gehandelt. Der zweite Fall sei in Ufa gewesen. Dort habe sich ein Vertreter des Militärkommissariats bei der Polizei wegen eines Antrags auf alternativen Zivildienst beschwert, weil sich der Wehrdienstpflichtige dabei gegen den Krieg in der Ukraine ausgesprochen habe. Letztendlich sei das Verfahren wegen des Mangels an Beweisen eingestellt worden. In einem Fall, der sich kurz vor Erscheinen des Interviews zugetragen habe, habe ein junger Mann aus Stawropol den Krieg in der Ukraine als abstoßend und kriminell bezeichnet. Der im Bezirk zuständige Polizist, der nicht Mitglied der Einberufungskommission gewesen, aber dennoch anwesend gewesen sei, habe ihn gemeldet, woraufhin ein Verfahren wegen Diskreditierung eingeleitet worden sei. Im Endeffekt sei der Wehrdienstpflichtige zu einer Strafe von 40.000 Rubel verurteilt worden, dennoch sei sein Wehrdienst durch alternativen Zivildienst ersetzt worden. Er werde gegen die Geldstrafe Berufung einlegen (The Village, 22. Juni 2022).

Wedomosti zitiert in dem bereits erwähnten Artikel vom August 2023 ebenfalls Arseni Lewinson, demzufolge es seit Beginn der Spezialoperation zwei Fälle gegeben habe, in denen Wehrdienstpflichtige, die einen Antrag auf alternativen Zivildienst gestellt hätten, wegen

Diskreditierung der Streitkräfte zur Verantwortung gezogen worden seien (Wedomosti, 31. August 2023).

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass ihm und seiner Organisation zwei Fälle bekannt seien, in denen Wehrdienstpflichtige vor den Einberufungskommissionen ihre Überzeugungen gegen den Wehrdienst damit begründet hätten, dass sie nicht an einem aggressiven Krieg teilnehmen wollten. Man habe versucht, sie wegen Diskreditierung der Armee zur Verantwortung zu ziehen (Kriwenko, 25. September 2023).

Diskriminierung bei Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen

Es konnten keine Informationen zur Diskriminierung von Wehrdienstpflichtigen bei Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen gefunden werden.

Wahlrecht bezüglich Ableistung des alternativen Zivildienstes in einer zivilen oder militärischen Einrichtung; Berichte über verstärkten Einsatz von Personen in militärischen Einrichtungen; Fälle, in denen Zivildienstler von einer zivilen in eine militärische Einrichtung versetzt wurden; Möglichkeit, sich gegen eine solche Versetzung zu wehren

Die russische Website Pravo.ru schreibt in einem Artikel vom November 2022 zum alternativen Zivildienst, dass es keine Möglichkeit gebe, sich die Stelle auszusuchen, an der der alternative Zivildienst absolviert werde (Pravo.ru, 10. November 2022)

Eine in Russland ansässige Quelle, die aus Sicherheitsgründen nur anonym zitiert wird, gab in einer E-Mail-Auskunft vom 21. September 2023 an, dass Antragsteller kein Wahlrecht hätten. Die Personen würden gemäß den freien Stellen des Arbeitsministeriums verteilt. Es würden praktisch alle in zivilen Einrichtungen landen (Quelle in Russland, 21. September 2023).

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass Beamte aus dem Föderalen Dienst für Arbeit und Beschäftigung die Plätze für die Absolvierung des alternativen Zivildienstes auswählen würden. Formal sehe das Gesetz die Möglichkeit vor, den alternativen Zivildienst in zivilen Positionen bei Organisationen des russischen Verteidigungsministeriums zu absolvieren. In der Praxis aber werde der alternative Zivildienst seit mehr als 15 Jahren lediglich in zivilen Organisationen absolviert (Krankenhäusern, Altenheimen, psycho-neurologischen Einrichtungen, Fabriken, usw.) (Kriwenko, 25. September 2023).

Die Organisation Gewissensappell (Prisyw k sowesti) veröffentlicht im September 2023 eine Nachricht auf ihrem Telegramkanal, laut der das Ministerium für Arbeit und Sozialschutz im März 2023 eine Liste der Berufe und Organisationen für die Absolvierung des alternativen Zivildienstes veröffentlicht habe. Am 6. September sei der Entwurf einer Verordnung veröffentlicht worden, der die im Frühling veröffentlichte Liste um 144 neue Stellen zur Absolvierung des Zivildienstes erweitere. Es gebe keine Dienstmöglichkeiten in Gebieten, die seit Beginn des Ukrainekriegs besetzt worden seien. Es seien auch keine militärischen Organisationen in der Liste vom September. In der Liste vom März sei nur eine Militäreinheit im Gebiet Moskau angeführt gewesen. Dies bedeute, dass eine Entsendung zum Militär als ziviles Personal kaum möglich sei. Und wenn doch, dann könne man gegen eine derartige

Entscheidung Beschwerde einlegen und einen richtigen zivilen Dienst einfordern (Prisyw k sowesti, 7. September 2023).

Eine in Russland ansässige Quelle, die aus Sicherheitsgründen nur anonym zitiert wird, gab in einer E-Mail-Auskunft vom 21. September 2023 an, dass rechtlich gesehen eine Versetzung nicht möglich sei, dass in der Praxis aber dennoch alles möglich sei. Man könne sich an ein Gericht wenden, es gebe aber bisher keine Entscheidungspraxis (Quelle in Russland, 21. September 2023).

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass zwar Artikel 17.1 in das Gesetz „Über die Vorbereitung der Mobilisierung und die Mobilisierung in der Russischen Föderation“ eingeführt worden sei, dass aber das Prozedere bezüglich einer Versetzung von einer zivilen in eine militärische Einrichtung noch nicht ausgearbeitet worden sei und die entsprechenden Verordnungen (Regierungsbeschlüsse) noch nicht verabschiedet worden seien, weshalb sie derzeit noch nicht gelten würden. Formell könne ein Zivildienstleistender gegen eine solche Versetzung vor Gericht Beschwerde einlegen (Kriwenko, 25. September 2023).

Einberufung von Personen, die Zivildienst abgeleistet haben, als Reservisten (Positionen, Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen)

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass es im Herbst 2022 während der ersten Welle der Mobilisierung derartige Versuche gegeben habe. Auch die, die zuvor den alternativen Zivildienst absolviert hätten, hätten Einberufungsbefehle erhalten. Alle, die sich in einer derartigen Situation an seine Organisation gewandt hätten, hätten erneut einen Antrag geschickt mit der Forderung, ihnen auf Grundlage der Verfassung und ihrer Überzeugungen während der Mobilisierung einen Zivildienst statt des Militärdienstes zur Verfügung zu stellen. Keine dieser Personen sei im Endeffekt zum Militärdienst eingezogen worden, seiner Organisation liege aber keine allgemeine Statistik hinsichtlich dieser Situation für das ganze Land vor (Kriwenko, 25. September 2023).

Kommersant erläutert in einem Artikel vom September 2023, dass erst von einem Fall bekannt sei, in dem eine mobilisierte Person zum alternativen Zivildienst zugelassen worden sei. Pawel Muschumanski, ein evangelikaler Christ, habe sich kategorisch geweigert, eine Waffe in die Hand zu nehmen. Er habe Kommersant gegenüber erzählt, dass er vor mehreren Jahren zum Wehrdienst einberufen worden sei, dass er aber für sich damals alternativen Zivildienst gewählt habe. Im Herbst 2022 sei er im Rahmen der Teilmobilmachung einberufen worden. Im Militärkommissariat habe er an seine religiösen Überzeugungen erinnert und darum gebeten, nochmals den alternativen Zivildienst durchlaufen zu können. Die Bitte sei aber ignoriert und Pawel Muschumanski zu einer Militäreinheit geschickt worden. Später habe sich ein Gericht auf seine Seite gestellt und die Entscheidung der Einberufungskommission über seine Mobilisierung aufgehoben. Der Anwalt Arseni Lewinson habe erläutert, dass der alternative Zivildienst zu Zeiten einer Mobilisierung allen ermöglicht werden müsse, deren Überzeugungen einem Militärdienst entgegenstünden. Dieses Recht sollte allen gewährt werden, die zuvor alternativen Zivildienst geleistet haben, denen, die zwar ihren Militärdienst absolviert, aber in der Reserve ihre Überzeugungen geändert hätten (Kommersant, 6. September 2023).

Current Time TV erwähnt in einem Artikel vom April 2023 ebenfalls den Fall von Pawel Muschumanski, dessen Fall im März 2023 entschieden worden sei. Ein Gericht habe damit zum ersten Mal das Recht auf alternativen Zivildienst für Mobilisierte bestätigt. Weiters wird der Fall einer Person namens Wjatscheslaw beschrieben, der aus der Region Belgorod stamme. Er habe im Sommer 2022 seinen Zivildienst beendet, den er als Krankenpfleger in einem Militärkrankenhaus absolviert habe. Nach der Verkündung der Teilmobilisierung im September 2022 habe Wjatscheslaw im Oktober desselben Jahres einen Einberufungsbefehl erhalten. Auf dem Militärkommissariat habe man ihm erklärt, dass er der Mobilisierung unterliege. Er habe erwidert, dass er sich einer Mobilisierung als Krankenpfleger nicht widersetze, obwohl er nicht viel Erfahrung habe, dass er aber auf keinen Fall als Soldat zur Armee gehen werde. Er sei ausgelacht worden und man habe ihm gesagt, dass das Land Soldaten benötige, Verteidiger des Vaterlandes, und dass es keinen Grund gebe, sich zu drücken. Alle weiteren Fragen des Militärkommissariats habe Wjatscheslaw negativ beantwortet. Er habe ständig betont, dass er den alternativen Zivildienst durchlaufen habe und habe darum gebeten, an das Militärkommissariat zu schreiben, das seinen Antrag auf alternativen Zivildienst damals bewilligt habe. Man habe ihm gesagt, dass er das selber tun solle, was er dann auch getan habe. Man habe ihn dann gehen lassen. Zwei Tage später sei er angerufen worden. Man habe ihm mitgeteilt, dass man eine Antwort bezüglich der Anfrage zum alternativen Zivildienst erhalten habe, dass alles in Ordnung sei und er nach Hause fahren könne. Danach habe Wjatscheslaw keinerlei Vorladungen aus dem Militärkommissariat mehr erhalten und auch keine weiteren Nachrichten. Allerdings helfe der alternative Zivildienst laut Wjatscheslaw nicht allen, eine Mobilisierung zu umgehen. Er habe einen Bekannten, der ebenfalls alternativen Zivildienst gemacht habe, der aber dennoch mobilisiert worden und dann verstorben sei. Außer Wjatscheslaw habe noch eine weitere Person Current Time TV gegenüber erklärt, den alternativen Zivildienst absolviert und einen Einberufungsbefehl erhalten zu haben. Dies sei auch bei seinem Bekannten der Fall gewesen, der ebenfalls den alternativen Zivildienst absolviert habe (Current Time TV, 28. April 2023).

Associated Press News (AP News) erwähnt in einem Artikel vom März 2023, dass laut dem Anwalt von Pawel Muschumanski, Alexander Peredruk, andere bekannte Versuche von Mobilisierten, den Militärdienst durch alternativen Zivildienst zu ersetzen, gescheitert seien (AP News, 16. März 2023).

Es konnten keine weiteren Informationen zu dieser Frage gefunden werden. Im Folgenden finden Sie Informationen zur Beantragung des alternativen Zivildienstes durch Reservisten im Zuge der Teilmobilisierung (unabhängig davon, ob sie davor Militärdienst oder alternativen Zivildienst geleistet haben).

Das BAMF führt in seinem oben bereits erwähnten Entscheiderbrief vom Oktober 2022 unter Bezugnahme auf verschiedene Quellen folgende Informationen an:

„Für Reservisten besteht demgegenüber laut dem staatlichen russischen Bürgerinformationsportal Explain.rf und der offiziellen Hotline für Fragen zur Teilmobilisierung (entgegen der o. g. verfassungsrechtlichen Garantie) keine Möglichkeit zum Ersatzdienst. Anders als im Falle der Einberufung zum Grundwehrdienst fehlt es in Bezug auf die Mobilisierung der Reservisten überdies an gesetzlichen Bestimmungen zur Antragstellung und Ausgestaltung des Zivildienstes (Regelungslücke). Es sind bereits

mehrere Fälle dokumentiert, in denen entsprechende Anträge von Reservisten durch die Registrierungs- und Einberufungsämter (Militärkommissariate) abgelehnt wurden; erste Klagen von Menschenrechtsanwältinnen und -anwälten sind anhängig.“ (BAMF, 21. Oktober 2022, S. 4)

Auch laut EUAA-Bericht vom Dezember 2022 hätten im November 2022 befragte Expert:innen angegeben, dass Personen, die einen Einberufungsbescheid im Rahmen des Mobilmachungsbefehls erhalten hätten, kein alternativer Zivildienst gewährt werde. Dies sei auch auf dem offiziellen Portal „Explain.rf“ erklärt worden (EUAA, Dezember 2022, S. 31).

Auf das Portal Explain.rf konnte nicht zugegriffen werden, um die angeführten Informationen zu verifizieren.

EBCO erläutert ebenfalls, die Regierung habe verlautbart, dass alternativer Zivildienst während einer Mobilisierung nicht möglich sei. Allerdings habe jeder Bürger laut Paragraph 59 der Verfassung das Recht auf alternativen Zivildienst habe, wenn der Militärdienst seinen Überzeugungen widerspreche. Es gebe aktuell kein Gesetz, dass das Vorgehen in Bezug auf den alternativen Zivildienst während einer Mobilisierung festlege. Allerdings habe das russische Verfassungsgericht 1996 geurteilt, dass Recht auf alternativen Zivildienst unmittelbar anwendbar sei und gewährleistet werden müsse, unabhängig davon, ob ein entsprechendes föderales Gesetz verabschiedet worden sei oder nicht (EBCO, 12. Mai 2023, S. 62).

Forum 18 weist in einem Artikel vom Dezember 2022 darauf hin, dass der Schwebезustand in Bezug auf die rechtliche Regelung des alternativen Zivildienstes in Zeiten einer Mobilisierung dazu geführt habe, dass die Rekrutierungsstellen der Armee Anträge auf alternativen Zivildienst abgelehnt und Wehrdienstverweigerer zu Militäreinheiten geschickt hätten. Mehrere Männer hätten ihre Mobilisierung vor Gericht angefochten, bislang sei aber nur von einer Person bekannt, der es gelungen sei, den Mobilisierungsbefehl aufheben zu lassen [gemeint ist der oben behandelte Fall von Pawel Muschumanski, Anm. ACCORD]. Bei der Schließung der offensichtlichen Rechtslücke seien kaum Fortschritte zu verzeichnen. Die am 15. November 2022 in Kraft getretene Änderung des Mobilmachungsgesetzes von 1997 [die eine Versetzung von Zivildienstleistenden von zivilen Einrichtungen in eine unbewaffnete Position bei der Armee ermöglicht] gelte nur für Personen, die zum Zeitpunkt der Ankündigung der Mobilmachung dabei gewesen seien, ihren alternativen Zivildienst abzuleisten. Anfang Oktober 2022 hätten zwei Abgeordnete der russischen Duma [das Unterhaus der gesetzgebenden Föderationsversammlung, Anm. ACCORD] einen Gesetzesentwurf eingebracht, der alternativen Zivildienst für Reservisten in Zeiten einer Mobilisierung vorsehe. Dieser Entwurf dürfte aber auf Ebene der Ausschüsse steckengeblieben sein („This appears to have stalled at the committee stage“) (Forum 18, 19. Dezember 2022).

Konsequenzen für Wehrdienstpflichtige, die die Ableistung des Grundwehrdienstes nach Ablehnung des alternativen Zivildienstes verweigern

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass Wehrdienstpflichtigen, die die Ableistung des Grundwehrdienstes nach Ablehnung des alternativen Zivildienstes verweigern würden, keinerlei Konsequenzen drohen würden. Selbst wenn die Einberufungskommission den Antrag eines Wehrdienstpflichtigen abgelehnt habe und

dieser es vor Gericht nicht geschafft habe, die Ablehnung als gesetzeswidrig aufheben zu lassen, sei es möglich, vor der nächsten Einberufung wieder einen Antrag auf alternativen Zivildienst zu stellen und die ganze Prozedur erneut zu durchlaufen. Im Gesetz gebe es keinerlei Beschränkungen für die Anzahl der Anträge auf alternativen Zivildienst. Es habe Fälle gegeben, in denen Wehrdienstpflichtige drei Jahre lang (sechs Einberufungskampagnen) auf ihr Recht auf alternativen Zivildienst bestanden hätten (Kriwenko, 25. September 2023).

Es konnten keine weiteren Informationen zu dieser Frage gefunden werden.

Allgemeine Informationen zu rechtlichen Sanktionen für Wehrdienstpflichtige, die ihrem Einberufungsbefehl nicht nachkommen, finden Sie in folgender Anfragebeantwortung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) vom August 2023:

- SFH – Schweizerische Flüchtlingshilfe: Russland/Tschetschenien: Konsequenzen einer Wehrdienstverweigerung, 31. August 2023
https://www.ecoi.net/en/file/local/2097642/230831_RUS_chechnya_military_service_DE.pdf

Konsequenzen für Reservisten im Fall der Mobilmachung bei Berufung auf das Recht auf Wehrdienstverweigerung

Sergej Kriwenko schreibt in seiner E-Mail-Auskunft vom 25. September 2023, dass es nach wie vor keine strafrechtliche Verfolgung bei Verweigerung der Wehrpflicht während einer Mobilisierung gebe. Nach Erhalt eines Mobilisierungsbefehls könne man zum Militärkommissariat gehen, eine Erklärung über das Vorliegen von Überzeugungen gegen den Krieg abgeben und auf Grundlage der Verfassung fordern, die militärische Pflicht durch eine zivile zu ersetzen. Nach Einschätzung seiner Organisation hätten mehrere Hundert Personen im Herbst 2022 von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Im Endeffekt seien sie nicht zum Militärdienst einberufen worden, nicht zum Zivildienst geschickt worden (denn dieser sei in Zeiten einer Mobilisierung noch nicht eingerichtet worden) und seien auch nicht strafrechtlich verfolgt worden, weil sie versucht hätten, ihr Anrecht auf einen alternativen Zivildienst auszuüben. Sergej Kriwenko verweist auch auf den Fall von Pawel Muschumanski (siehe oben), in dem ein Gericht das Recht auf alternativen Zivildienst in Zeiten einer Mobilisierung bestätigt habe. Allerdings könne in Russland die Entscheidung in einem Fall nicht die Sicherheit aller Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen garantieren. Selbst wenn ein Recht gesetzlich verankert sei, bedeute das nicht, dass es vom Staat respektiert werde. Nur feste Überzeugungen und die Bereitschaft, diese konsequent und hartnäckig zu verteidigen könnten einen vor dem Militärdienst schützen. Das Hauptrisiko bei diesem Vorgehen bestehe darin, dass eine Person bei ihrem Erscheinen im Militärkommissariat zum Einbringen des Antrags auf alternativen Zivildienst zwangsweise in einen Bus gesetzt werde, zu einer Militäreinheit geschickt werde, wo sie zwangsweise den Status eines Soldaten erhalte. Danach könne sie wegen drohender strafrechtlicher Sanktionen die Militäreinheit nicht mehr verlassen (Artikel 337 des russischen Strafgesetzbuchs) und könne sich nicht weigern, an Kampfhandlungen teilzunehmen (Artikel 332 des russischen Strafgesetzbuchs). Solche Fälle habe es während der Mobilisierung im Herbst 2022 gegeben. In diesen hätten sich die Angehörigen später an seine Organisation gewandt. Die Zahlen zu derartigen Fällen seien aber nicht bekannt. Sergej Kriwenko verweist

in diesem Zusammenhang auf den Fall von Kirill Berjosin (siehe unten) (Kriwenko, 25. September 2023).

Die linke Schweizer Wochenzeitung (WOZ) veröffentlicht im April 2023 ein Interview mit dem Juristen Arseni Lewinson, der Folgendes anführt:

„Wer als Reservist der Teilmobilmachung unterliegt, muss sich im Klaren sein: Auch wenn er seine Rechte einfordert, können diese in der Konsequenz beschnitten werden, oder es kann eine strafrechtliche Verfolgung drohen. Wer sich an der Front widersetzt, hat praktisch keine Chance, ungeschoren davonzukommen.“ (WOZ, 20. April 2023)

EBCO erwähnt in seinem Bericht vom Mai 2023 den Fall von Kirill Berjosin, der öffentlich geäußert habe, nicht am Krieg in der Ukraine teilnehmen zu wollen, weshalb er um alternativen Zivildienst angesucht habe. Er sei allerdings am 24. September 2022 mobilisiert worden, ohne dass die Einberufungskommission seinen Antrag auf alternativen Zivildienst berücksichtigt habe. Trotz Spott und Drohungen sei es Kirill gelungen, seinen Antrag auf alternativen Zivildienst am 5. Oktober 2022, während seines Militärdienstes, einzureichen. Ein guter Freund von Kirill habe einen Aufruf veröffentlicht, die die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer auf ihrem Kanal veröffentlicht habe. Die Bewegung habe dazu aufgerufen, Beschwerden bei der Militärstaatsanwaltschaft zur Unterstützung von Kirill einzureichen. Kirill habe zwar sein Ziel auf juristischem Weg nicht erreichen können, die öffentliche Resonanz und die Beschwerden hätten allerdings dafür gesorgt, dass er nicht an die Front geschickt worden sei. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts habe er seinen Dienst in der Russischen Föderation abgeleistet. EBCO berichtet auch über den Fall von Wladimir Schewzow, der mobilisiert und am selben Tag ohne medizinische Untersuchung zu einem Sammelpunkt geschickt worden sei. Seine Frau habe sich an die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer gewandt und gemeinsam hätten sie Wladimir überredet, einen Antrag auf alternativen Zivildienst zu stellen. Obwohl er von seinem Kommando erheblich unter Druck gesetzt worden und von seinen Kameraden als Verräter abgestempelt worden sei, habe er seinen Antrag nicht zurückgezogen. Am 7. Jänner 2023 sei Wladimir Schewzow in seine Heimatstadt zurückgeschickt und als Fahrer in einer Militäreinheit eingesetzt worden (EBCO, 12. Mai 2023, S. 70-71).

Das Außenministerium der Niederlande (Ministerie van Buitenlandse Zaken, BZ) erwähnt ebenfalls den Fall von Kirill Berjosin, der als Wehrpflichtiger seinen Militärdienst abgeleistet habe. Laut Medien habe er nach Erhalt des Mobilisierungsbefehls alternativen Zivildienst beantragen wollen, sei aber sofort zu einer Militäreinheit nahe der ukrainischen Grenze geschickt worden. Dort habe er seine Bitte wiederholt. Er sei von seinem Kommandanten aggressiv behandelt und mit Gewalt bedroht worden. Ein Gericht in Sankt Petersburg habe seinen Einspruch abgewiesen und geurteilt, dass der alternative Zivildienst nur für reguläre Wehrdienstpflichtige unter 27 Jahren vorgesehen sei. Berjosin sei von seinen Vorgesetzten mit Gewalt bedroht worden und sie hätten ihm gesagt, dass er Leute töten müsse. Er sei dann an eine Stelle versetzt worden, an der es keine Notwendigkeit gegeben habe, Waffen zu tragen, zu verwahren oder zu benutzen. Seine Berufung gegen den Militärdienst sei als unbegründet zurückgewiesen worden. Amnesty International habe gegenüber BZ über mehrere Fälle berichtet, in denen Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, die nicht hätten kämpfen wollen, zwangsmobilisiert und willkürlich und unverhältnismäßig strafrechtlich verfolgt worden seien. (BZ, März 2023, S. 61-62)

Allgemeine Informationen zu rechtlichen Sanktionen für mobilisierte Personen, die ihrem Einberufungsbefehl nicht nachkommen, finden Sie in folgender Anfragebeantwortung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) vom August 2023:

- SFH – Schweizerische Flüchtlingshilfe: Russland/Tschetschenien: Konsequenzen einer Wehrdienstverweigerung, 31. August 2023
https://www.ecoi.net/en/file/local/2097642/230831_RUS_chechnya_military_service_DE.pdf

Quellen: (Zugriff auf alle Quellen am 29. September 2023)

- AP News – Associated Press News: Russia OKs alternative civil service for mobilized believer, 16. März 2023
<https://apnews.com/article/russia-ukraine-mobilization-civil-service-102939bcdef665e4233584d00a55e994>
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Entscheiderbrief 10/2022, 21. Oktober 2022
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Entscheiderbrief/2022/entscheiderbrief-10-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Current Time TV: "В военкомате сразу стали угрожать". Как российские мужчины борются за право на альтернативную службу во время войны в Украине [„Im Militärkommissariat haben sie gleich angefangen zu drohen“. Wie russische Männer für ihr Recht auf Zivildienst in Zeiten des Kriegs in der Ukraine kämpfen], 28. April 2023
<https://www.currenttime.tv/a/kak-rossiyskie-muzhchiny-boryutsya-za-pravo-na-alternativnuyu-sluzhbu/32382589.html>
- DIS – Danish Immigration Service: Russia; An update on military service since July 2022, Dezember 2022
https://us.dk/media/10558/update-on-military-service-in-russia_tilgaengeligt.pdf
- EBCO – European Bureau for Conscientious Objection: Conscientious Objection to Military Service in Europe 2022/23, 12. Mai 2023
https://ebco-beoc.org/sites/ebco-beoc.org/files/attachments/2023-05-12-EBCO_Annual_Report_2022-23.pdf
- EUAA – European Union Agency for Asylum: The Russian Federation – Military service, Dezember 2022
https://www.ecoi.net/en/file/local/2084282/2022_12_EUAA_COI_Report_Russian_Federation_Military_service.pdf
- EUAA – European Union Agency for Asylum: Russian Federation; Major developments in the Russian Federation in relation to political opposition and military service [Q37-2023], 17. Februar 2023
https://www.ecoi.net/en/file/local/2087301/2023_02_EUAA_COI_Query_Response_update_Russia_major_developments_in_relation_to_political_opposition_and_military_service.pdf
- Europäische Kommission: Infoeuro, ohne Datum,
https://commission.europa.eu/funding-tenders/procedures-guidelines-tenders/information-contractors-and-beneficiaries/exchange-rate-infoeuro_de
- Föderales Gesetz „Über die Vorbereitung der Mobilisierung und die Mobilisierung in der Russischen Föderation“, 26. Februar 1997, inklusive Novellierungen bis inklusive 4. August 2023 (verfügbar auf KonsultantPlus)
https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_13454/
- Föderales Gesetz „Über den alternativen Zivildienst“, 25. Juli 2002, inklusive Novellierungen bis inklusive 13. Juni 2023 (verfügbar auf KonsultantPlus) [Russisch]
https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_37866/

- Forum 18: RUSSIA: No legal provision for alternative civilian service during mobilisation, 19. Dezember 2022
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2084541.html>
- FR – Frankfurter Rundschau: 500 Verweigerer, 300.000 Einberufene: Wie können sich Russen Putins Krieg entziehen?, 16. Mai 2023
<https://www.fr.de/politik/russland-putin-krieg-ukraine-militaer-einberufung-verweigerung-widerstand-deutschland-asyl-92282813.html>
- Kommersant: Повестка в собес [Vorladung in die Sozialfürsorge], 6. September 2023
<https://www.kommersant.ru/doc/6199133>
- Kriwenko, Sergej: E-Mail-Auskunft, 25. September 2023
- Medusa: 'Our entire society is built on threats' How Russia's military enlistment offices intimidate conscripts who seek alternative service, 25. Juli 2022
<https://meduza.io/en/feature/2022/07/25/our-entire-society-is-built-on-threats>
- Nowaja Gaseta Europe: Putin signs law allowing to mobilise citizens with outstanding criminal record for grave crimes, 4. November 2022
<https://novayagazeta.eu/articles/2022/11/04/putin-signs-law-allowing-to-mobilise-citizens-with-outstanding-criminal-record-for-grave-crimes-en-news>
- Pravo.ru: Альтернативная гражданская служба: кому положена и как добиться [Alternativer Zivildienst: Wer hat Anspruch darauf und wie setzt man ihn durch], 10. November 2022
<https://pravo.ru/story/243556/>
- Prisyw k sowesti [Gewissensappell]: Posting: Telegram, 7. September 2023
<https://t.me/s/peaceplea?after=582>
- Quelle in Russland, E-Mail-Auskunft, 21. September 2023
- Russisches Strafgesetzbuch, 13. Juni 1996, inklusive Novellierungen bis 4. August 2023 (verfügbar auf KonsultantPlus)
https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_10699/
- SFH – Schweizerische Flüchtlingshilfe: Russland/Tschetschenien: Konsequenzen einer Wehrdienstverweigerung, 31. August 2023
https://www.ecoi.net/en/file/local/2097642/230831_RUS_chechnya_military_service_DE.pdf
- Soldiers' Mothers of Saint-Petersburg: Альтернативная служба – FAQ, ohne Datum
<https://soldiersmothers.ru/alternativnaya-sluzhba/faq>
- UG - Utschitelskaja Gaseta: Минтруд предложил расширить список организаций, в которых можно будет пройти альтернативную службу [Das Arbeitsministerium hat vorgeschlagen, die Liste der Organisationen zu erweitern, bei denen der alternative Zivildienst absolviert werden kann], 6. September 2023
<https://ug.ru/mintrud-predlozhil-rasshirit-spisok-organizaczij-v-kotoryh-mozhno-budet-projti-alternativnuyu-sluzhbu/>
- Village (The): «Если человек готов отстаивать убеждения, в армию его не призовут» [Wenn jemand bereit ist, für seine Überzeugungen einzustehen, wird er nicht zur Armee geschickt], 22. Juni 2022
<https://www.the-village.ru/city/interview/alternativnaya-sluzhba>

- Wedomosti: Спецоперация не повлияла на число проходящих альтернативную службу в России [Die Spezialoperation hat sich nicht auf die Anzahl derer ausgewirkt, die den alternativen Zivildienst durchlaufen], 31. August 2023
<https://www.vedomosti.ru/society/articles/2023/08/31/992736-spetsoperatsiya-ne-povliyala-na-chislo-prohodyaschih-alternativnuyu-sluzhbu>
- WOZ – Die Wochenzeitung: Mobilmachung in Russland: «Ein Risiko bleibt immer», 20. April 2023
<https://www.woz.ch/2316/mobilmachung-in-russland/ein-risiko-bleibt-immer/!2EY235Y1PF59>

Anhang: Quellenbeschreibungen und Informationen aus ausgewählten Quellen

The Associated Press ist eine unabhängige globale Nachrichtenorganisation mit Sitz in New York.

- AP News – Associated Press News: Russia OKs alternative civil service for mobilized believer, 16. März 2023

<https://apnews.com/article/russia-ukraine-mobilization-civil-service-102939bcdef665e4233584d00a55e994>

„A court in Russia on Thursday affirmed the right of a man mobilized to fight in Ukraine to perform an alternative form of civil service due to his stated religious beliefs, setting a precedent that could persuade more reluctant draftees to try to get out of military service. The Leningrad Regional Court upheld a ruling of a lower court that deemed the drafting of Pavel Mushumansky unlawful and said he was entitled to fulfill his duty in another way, Mushumansky’s lawyer, Alexander Peredruk, said. [...]

Peredruk told The Associated Press in a phone interview that Thursday’s ruling was the first of its kind since the mobilization began amid Moscow’s increasingly bogged-down military operation in Ukraine. The publicly known attempts by other draftees to opt for alternative civil service failed, even though the right to be assigned to civil labor if military service goes against a person’s beliefs is guaranteed under the Russian Constitution.” (AP News, 16. März 2023)

Das Außenministerium der Niederlande (Ministerie van Buitenlandse Zaken, BZ) ist die Regierungsbehörde der Niederlande, die für die auswärtigen Angelegenheiten des Landes zuständig ist.

- BZ - Ministerie van Buitenlandse Zaken: Country of origin information report Russian Federation, März 2023

<https://www.ecoi.net/en/file/local/2094189/EN+COI+Report+Netherlands+on+Russian+Federation+March+2023.pdf>

„The media reported on Kirill Berezin, a 27-year-old man from Saint Petersburg, who, after receiving a mobilisation draft notice at his local military recruitment office, wanted to apply for alternative government service. He was immediately sent to a military unit close to the Ukrainian border, where he repeated his request. His commander treated him aggressively and threatened violence. A court in Saint Petersburg rejected his appeal. The court ruled that alternative military service is only for regular conscripts under the age of 27. His superiors had threatened him with violence and told him that he must kill people. He was then transferred and assigned to a position in which there was no necessity of bearing, keeping or using weapons. His appeal was also dismissed as unfounded. He had completed his military service at an earlier date.

Amnesty International has reported several cases involving the forced mobilisation of conscientious objectors who did not want to fight and arbitrary and disproportionate criminal prosecution.” (BZ, März 2023, S. 61-62)

Current Time TV ist ein Fernsehnachrichtensender und digitales Netzwerk, das von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) in Kooperation mit Voice of America (VOA) betrieben wird.

- Current Time TV: "В военкомате сразу стали угрожать". Как российские мужчины борются за право на альтернативную службу во время войны в Украине [„Im Militärkommissariat haben sie gleich angefangen zu drohen“. Wie russische Männer für ihr Recht auf Zivildienst in Zeiten des Kriegs in der Ukraine kämpfen], 28. April 2023
<https://www.currenttime.tv/a/kak-rossiyskie-muzhchiny-boryutsya-za-pravo-na-alternativnuyu-sluzhbu/32382589.html>

„Право на альтернативную гражданскую службу для тех, чьи взгляды или вероисповедание не позволяют им воевать, закреплено в Конституции России. Когда речь идет о службе по призыву, процедура направления на АГС ясна и четко прописана, хотя и не очень широко используется (правозащитники и призывники рассказывают о нарушениях со стороны военкоматов и давлении). Но в случае с мобилизацией все сложнее: четкого алгоритма того, как право на АГС реализуется в этот период, нет ни в одном нормативно-правовом акте. Тем не менее в марте 2023 года было вынесено судебное решение, подтверждающее, что даже мобилизованный может не ехать воевать, а добиться того, чтобы ему дали возможность пройти АГС. [...]

В середине марта Ленинградский областной суд встал на сторону мобилизованного жителя Гатчины Павла Мушуманского, который добивался, чтобы его перевели на альтернативную гражданскую службу (АГС). Об этом сообщил проект „Военный омбудсмен“. Так суд в России впервые подтвердил право на АГС для мобилизованных. [...]

Вячеслав (имя изменено по просьбе героя) родом из Белгородской области, он закончил прохождение альтернативной гражданской службы летом 2022 года: работал медбратом в военном госпитале. [...]

В сентябре 2022 года Владимир Путин объявил в России „частичную“ мобилизацию. Вячеславу повестка пришла в конце октября. „Я сначала ничего такого не подумал, решил, что они хотят уточнить что-то по поводу моей альтернативной службы“, – говорит молодой человек. Когда он приехал в военкомат в Белгороде, то увидел там огромную очередь. „Я подумал, что не туда попал, толпа была такая, как на рынке в час пик“, – вспоминает Вячеслав. Он подошел на вахту и показал свою повестку, но паспорт отдавать не стал: уже понял, что „что-то тут не так“. Вячеслава направили в кабинет и сказали, что там ему все объяснят.

„Я пришел, а мне сказали, что я подлежу мобилизации. Ну я, естественно, удивился, сказал: „В каком смысле мобилизации? Если вы хотите мобилизовать меня как медработника, то я препятствовать не буду, хотя опыта у меня немного. А если вы хотите мобилизовать меня как солдата, то нет, я не пойду ни под каким предлогом, ни под какими угрозами“. Надо мной посмеялись и сказали, какие, мол, угрозы. Стали объяснять мне, что стране нужны солдаты, защитники Родины, что не надо тут уклоняться. Тогда я спросил, а что есть Родина? Ожидал услышать от них что-то

пафосно-патриотическое, но их этот вопрос просто привел в ступор, и они перевели тему на то, есть ли у меня водительские права', – рассказывает молодой человек.

На все вопросы сотрудников военкомата он продолжил отвечать отрицательно: сказал, что стрелять не умеет, оружие в руках никогда не держал, зрение плохое. Вячеслав постоянно подчеркивал, что проходил АГС, и наконец попросил сотрудников написать в тот военкомат в области, где принимали решение о направлении его на АГС. ,Они сказали, чтобы я сам это сделал. Тогда я написал от руки запрос, поставил обратным адресом адрес военкомата в Белгороде, пошел на ближайшую почту и отправил. Меня отпустили из военкомата, но предупредили, чтобы я даже не пытался сбежать. Я сказал, что не пытаюсь, и оставил там адрес своего друга, у которого остановился в Белгороде'.

Через два дня Вячеславу позвонили из военкомата и сказали, что получили ответ на его запрос по поводу АГС. Сказали, что все в порядке и Вячеслав может ехать домой. После этого никаких повесток или новостей из военкомата он не получал. Однако не всем АГС помогает избежать службы по мобилизации, говорит Вячеслав: ,Есть знакомый, который прошел АГС, но его все равно мобилизовали, и он погиб'.

Кроме Вячеслава, еще один молодой человек, проходивший АГС, сообщил Настоящему Времени, что тоже получал повестку (она пришла по адресу прописки, где он в тот момент не жил). То же самое произошло с его знакомым, также проходившим альтернативную службу." (Current Time TV, 28. April 2023)

Das Danish Immigration Service (DIS) ist die in Dänemark für Einwanderung, Einreise und Aufenthalt von Ausländer:innen zuständige Behörde des Ministeriums für Einwanderung und Integration.

- DIS – Danish Immigration Service: Russia; An update on military service since July 2022, Dezember 2022

https://us.dk/media/10558/update-on-military-service-in-russia_tilgaengeligt.pdf

„Pursuant to article 59, subsection 3 of the Russian Constitution, Russian citizens have a right to replace military service with alternative civil service if their moral, religious or secular convictions conflict with military service. Before 24 February 2022, close to 2,000 persons applied for alternative civil service each year, according to the Ministry of Defence. Of these, around 1,000 applications were approved.

Russian authorities recognise three reasons for civil service:

- Persons whose religious beliefs conflict with the performance of military service;
- Persons whose convictions conflict with military service;
- Persons belonging to indigenous peoples who lead a traditional lifestyle and engage in traditional agriculture or traditional crafts.

While the regular conscription period lasts 12 months, civil service in a military agency lasts 18 months or 21 months in an agency outside the defence area. Positions could be jobs in nursing, cleaning and the postal service." (DIS, Dezember 2022, S. 27)

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerer (European Bureau for Conscientious Objection, EBCO) ist ein Dachverband nationaler Friedensorganisationen, die Kriegsdienstverweigerer unterstützen.

- EBCO – European Bureau for Conscientious Objection: Conscientious Objection to Military Service in Europe 2022/23, 12. Mai 2023
https://ebco-beoc.org/sites/ebco-beoc.org/files/attachments/2023-05-12-EBCO_Annual_Report_2022-23.pdf

„According to the local Movement of Conscientious Objectors (MCO) statistics, in 50% of cases people are denied ACS [alternative civilian service].“ (EBCO, 12. Mai 2023, S. 61)

„The two most common grounds are: missing the deadline for filing an application and the fact that the Draft commission has evidence that the recruit has no convictions against military service. According to the law, in case of denial the Draft commission must issue a reasoned refusal. However, such cases are isolated.“ (EBCO, 12. Mai 2023, S. 61, Fußnote 94)

„Military commissariats put pressure on recruits, telling them that asking for civilian service is unlawful. [...]

The government proclaimed that ACS [alternative civilian service] is not possible during mobilization but according to art. 59 of the Constitution citizens have the right to ACS in the case the military service contradicts their beliefs. There is currently no law that establishes the procedure for ACS during mobilisation and a bill has been submitted to the Duma in early October. Nevertheless the Constitutional Court in 1996 stated that this right 'is directly applicable and must be ensured regardless of whether or not a relevant federal law has been enacted'." (EBCO, 12. Mai 2023, S. 62)

„The Draft Commission, responsible for decisions to replace compulsory military service with alternative civil service, is formed based on municipalities but lacks funding and holds its sessions at the Military Commissariat. Thus, in effect, the Military Commissariat's representatives decide on applications to substitute military service with alternative civil service.“ (EBCO, 12. Mai 2023, S. 67)

„Kirill Berezin, an orphan supported by his grandmother, publicly declared his refusal to partake in the war and sought alternative civilian service. However, he was mobilized into the military on September 24, 2022, without consideration of his alternative service application by the draft board. Despite enduring mockery and threats, Kirill managed to submit his alternative civilian service application on October 5 while in military service. A close friend of Kirill's penned an appeal, which MCO [Movement of Conscientious Objectors] posted on their channel, urging people to lodge complaints in support of Kirill to the Military Prosecutor's Office. Although Kirill's legal fight was unsuccessful, the public

resonance and complaints ensured that he was not sent to the front. He currently serves within the Russian Federation. [...]

On September 26, 2022, Ekaterina's husband, Vladimir Shevtsov, was mobilized and sent to a collection point in Sevastopol on the same day without a military medical commission. Ekaterina sought MCO's advice, and they jointly persuaded Vladimir to apply for alternative civilian service (ACS). Despite facing significant pressure from the command and being labeled a traitor by his colleagues, he did not withdraw his application. On January 7, 2023, Vladimir Shevtsov was reassigned as a driver in a military unit and returned to his hometown." (EBCO, 12. Mai 2023, S. 70-71)

Die Asylagentur der Europäischen Union (European Union Agency for Asylum, EUAA) ist eine EU-Agentur, deren Aufgabe es ist, die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des als Gemeinsames Europäisches Asylsystem bekannten EU-Gesetzespakets zu Asyl, internationalem Schutz und Aufnahmebedingungen zu unterstützen.

- EUAA – European Union Agency for Asylum: The Russian Federation – Military service, Dezember 2022
https://www.ecoi.net/en/file/local/2084282/2022_12_EUAA_COI_Report_Russian_Federation_Military_service.pdf

„Conscientious objectors have a right to substitute active military service with alternative civil service (alternativnaya grazhdanskaya sluzhba, AGS). This right is stipulated by Article 59.3 of the Russian Constitution and is applied if a person's 'convictions or religious beliefs contradict military service' or 'in other cases envisaged by the federal law.' The right to substitute military service with alternative civil service is also applicable to young men from small indigenous ethnic minorities who pursue a traditional way of life. Alternative civil service is regulated by the Federal Law 'On Alternative Civil Service.' The period of alternative civil service is either 18 or 21 months, depending on the profile of the organisation where it is performed. As explained by MoD [Ministry of Defence], 18-month service is applied if a person is engaged as civilian personnel at the RAF [Russian Armed Forces] or other military institutions.

A person who wants to choose alternative service on the grounds of religious beliefs or personal convictions must follow a bureaucratic procedure, which consists of a written application, substantiated by documentation and/or witness statements. As noted by Sergey Krivenko, the head of the human rights group Citizen. Army. Law., in his interview with the Danish Immigration Service (DIS) in May 2022, the right to apply for alternative service is used only during enlistment and it does not apply to people already undergoing military service. [...] According to data from MoD, as reported by Al Jazeera in May 2022, the yearly number of applications for alternative service is around 2 000, with an estimated half of them receiving a positive decision. According to the statistics of the Federal Service of Labour and Employment, 1 152 young men were enrolled in alternative civil service as of 1 February 2022.

According to Article 328.2 of the Criminal Code of the Russian Federation, evasion from alternative civil service is 'punishable by a fine in the amount of up to 80 thousand roubles

[1 310 EUR], or in the amount of the wage or salary, or any other income of the convicted person for a period up to six months, or by compulsory labour for a term of 180 to 240 hours, or by arrest for three to six months.' As reported by Jehovah's Witnesses Office of Public Information to UN OHCHR in March 2022, there have been instances in which conscripts, fearing to reveal their religious affiliation, have requested alternative civil service on the grounds of personal convictions which has made the substantiation of their requests more difficult. The source also reported that the conscripts requesting alternative civil service on the grounds of their religious beliefs have been threatened by members of recruitment commissions and their requests have been rejected." (EUAA, Dezember 2022, S. 20-21)

„According to the experts interviewed by EUAA in November 2022, alternative civil service was not granted to people who had received a draft notice under the mobilisation order. The same information was provided on the official portal 'Explain.rf'." (EUAA, Dezember 2022, S. 30)

- EUAA – European Union Agency for Asylum: Russian Federation; Major developments in the Russian Federation in relation to political opposition and military service [Q37-2023], 17. Februar 2023

https://www.ecoi.net/en/file/local/2087301/2023_02_EUAA_COI_Query_Response_update_Russia_major_developments_in_relation_to_political_opposition_and_military_service.pdf

„Sources giving legal advice to future conscripts noted that it was difficult to substitute military service with alternative civil service. The application to a military recruitment office should be lodged no later than six months before the start of the draft. Thus, the postal date on the application should be no later than 1 October for someone who expects to be drafted in spring and no later than 1 April in case of the autumn draft. Some frequent reasons for refusals to grant alternative civil service reportedly included the expiration of the deadline to submit the application, insufficient substantiation of the reasons for applying to alternative civil service, false information given by the applicant, lack of available or suitable vacancies, evasion of military service in the past. Replacing military service with alternative civil service on the grounds of personal convictions was reported to be more difficult than on the grounds of religious beliefs. The religion of the conscript should be well-known and recognised, and religious affiliation should be proven with additional documents (certificate of membership, testimonies of other members) and the membership should be long-lasting." (EUAA, 17. Februar 2023, S. 11-12)

Forum 18 ist eine christliche norwegische Menschenrechtsorganisation, die sich auf der Grundlage von Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Ziel setzt, religiöse Freiheit für alle zu etablieren.

- Forum 18: RUSSIA: No legal provision for alternative civilian service during mobilisation, 19. Dezember 2022

https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2797

„For reservists whose religious (or other) beliefs prevent them bearing weapons or otherwise serving in the armed forces, the Russian government has made no legal or practical provision for alternative civilian service (ACS) during mobilisation, despite the country's Constitution guaranteeing the right to this for every citizen. On 21 September, President Vladimir Putin announced the 'partial mobilisation' of Russia's military reserve. Within a few weeks, according to the Defence Ministry, more than 300,000 men had been called up. Hundreds of thousands more fled the country to avoid being sent to fight in Russia's war in Ukraine.

The resulting legal limbo has led to military recruitment offices refusing applications for alternative civilian service and sending conscientious objectors to military units. Several such men have challenged their mobilisation in court. So far, only one – Protestant Pavel Mushumansky – is known to have succeeded in having his mobilisation order overturned. Another – Russian Orthodox Christian Kirill Berezin – was unsuccessful in court, but has been permitted to serve in an unarmed role.

Russian men aged 18 to 27 are subject to conscription into the armed forces (though many manage to obtain exemptions and deferrals). If a conscript's religious views or pacifist beliefs mean that he refuses to participate in military activities, he may apply for alternative civilian service. Both ACS and military service, however, subsequently place a man in the reserve, rendering him liable to call-up in the future. [...]

There has been little progress in filling the obvious legal gap. The amendment to the 1997 Law on Mobilisation, which came into force on 15 November, applies only to people already doing alternative service as conscripts at the time mobilisation is announced, and states that they may have to move to civilian roles in the armed forces, if they are not in these already (see below). In early October, two State Duma deputies from the New People party attempted to introduce a bill which would make alternative service available to reservists under conditions of mobilisation. This appears to have stalled at the committee stage (see below). [...]

– 1997 Law on Mobilisation Preparation and Mobilisation

This Law also made no mention of alternative civilian service until nearly eight weeks into the 'partial mobilisation'. A set of amendments which entered legal force on 15 November introduced a new Article 17.1, which stated that conscripts undertaking ACS upon the announcement of mobilisation would be allowed to carry on doing it, but that those who were serving in state institutions may be moved into civilian roles in the armed forces." (Forum 18, 19. Dezember 2022)

Kommersant ist eine auf Wirtschaftsthemen spezialisierte russische Tageszeitung.

- Kommersant: Повестка в собес [Vorladung in die Sozialfürsorge], 6. September 2023
<https://www.kommersant.ru/doc/6199133>

„Добавим, закон о мобилизации также допускает АГС [альтернативная гражданская служба] — с оговоркой, что она должна проходить в соответствии с отдельным законом. Он до сих пор не разработан; прецеденты допуска мобилизованных к АГС пока неизвестны.

Единственное исключение — история Павла Мушуманского, евангельского христианина, который принципиально отказывается брать в руки оружие. Как рассказывал „Ъ“, несколько лет назад мужчина был призван на срочную службу, но выбрал для себя АГС. По закону он считался отслужившим и осенью 2022 года был призван в рамках частичной мобилизации. В военкомате он напомнил про свои религиозные убеждения и попросил повторно пройти АГС. Однако просьба была проигнорирована, и господина Мушуманского отправили в воинскую часть. Позже суд встал на его сторону и отменил решение призывной комиссии о мобилизации верующего. «Нужно обеспечить возможность реализации права на АГС в период мобилизации всеми гражданами, у которых имеются убеждения или вероисповедание, несовместимые с военной службой,— указал „Ъ“ юрист Арсений Левинсон.— Такое право должно быть предоставлено тем, кто ранее проходил АГС, кто ранее не проходил никакой службы, кто ранее проходил военную службу, но после зачисления в запас изменил убеждения. Иначе граждане ставятся в неравное положение, а это противоречит Конституции». [...]

Минтруд РФ предложил расширить возможности прохождения альтернативной гражданской службы (АГС) для призывников. Ведомство опубликовало проект приказа, в котором указаны новые 144 организации в десятках регионов, включая Крым. Сейчас призывникам для альтернативной службы доступны полторы сотни профессий, включая дояра, официанта, оленевода, слесаря и даже артиста-кукловода. В новом перечне Минтруда фигурируют больницы, санатории, университеты и даже одна библиотека, но новых профессий там нет. [...]

В Минтруде РФ пояснили, что списки предприятий для АГС утверждаются приказами ведомства ежегодно." (Kommersant, 6. September 2023)

Medusa ist ein oppositionelles russisches Internetportal mit Hauptsitz in Riga.

- Medusa: 'Our entire society is built on threats' How Russia's military enlistment offices intimidate conscripts who seek alternative service, 25. Juli 2022
<https://meduza.io/en/feature/2022/07/25/our-entire-society-is-built-on-threats>

„According to the lawyer from Conscientious Objection to Military Service, young people can encounter problems even before meeting with the draft board: often, enlistment offices simply don't accept petitions made by conscripts seeking ACS.

[Enlistment office employees] discourage people, they say the law concerning alternative service was overturned. Or that you'll serve for four years without pay, we'll send you to Siberia to chop wood — stuff like that,' the lawyer explains. 'If the conscript knows his rights and turns to human rights defenders for help, he'll have a greater chance of getting alternative service.'" (Medusa, 25. Juli 2022)

Nowaja Gaseta Europe ist eine russisch- und englischsprachige Online-Zeitung, die von Redakteur:innen der vorübergehend eingestellten russischen oppositionellen Zeitung Nowaja Gaseta betrieben wird.

- Nowaja Gaseta Europe: Putin signs law allowing to mobilise citizens with outstanding criminal record for grave crimes, 4. November 2022

<https://novayagazeta.eu/articles/2022/11/04/putin-signs-law-allowing-to-mobilise-citizens-with-outstanding-criminal-record-for-grave-crimes-en-news>

„According to Russian law, citizens undergoing alternative civilian service in organisations subordinate to executive authorities or local governments can be sent to serve in positions of civilian personnel of Russia's army, other troops, military formations, bodies and special forces during the period of mobilisation.“ (Nowaja Gaseta Europe, 4. November 2022)

Pravo.ru bietet laut eigenen Angaben Nachrichten, Übersichten und Analysen zu rechtlichen Themen an.

- Pravo.ru: Альтернативная гражданская служба: кому положена и как добиться [Alternativer Zivildienst: Wer hat Anspruch darauf und wie setzt man ihn durch], 10. November 2022

<https://pravo.ru/story/243556/>

„С 1 ноября в России начался осенний призыв. Молодые люди могут пойти не только в армию, но и на альтернативную службу, то есть отработать около двух лет в государственной организации. Выбирать должность нельзя — призывника могут обязать трудиться поваром, трактористом, почтальоном или, если повезет, юристом.“ (Pravo.ru, 10. November 2022)

Die Organisation Gewissensappell (Prisyw k sowesti) ist nach eigenen Angaben eine Vereinigung von Anwält:innen und Expert:innen russischer Menschenrechtsorganisationen, die Wehrdienstverweigerer unterstützen.

- Prisyw k sowesti [Gewissensappell]: Posting: Telegram, 7. September 2023

<https://t.me/s/peaceplea?after=582>

„24 марта Министерство труда и социальной защиты опубликовали список профессий и организаций для прохождения АГС. По сравнению с прошлым годом список увеличили до 149 позиций — 64 рабочих профессии и 85 должностей служащих.

6 сентября ведомство опубликовало проект приказа, который дополняет весенний список организаций. В проекте 144 новых места для альтернативной службы — больницы, санатории, ПНИ, медицинские исследовательские центры, ветеринарные

центры, реабилитационные центры, учреждения соцобслуживания, дома престарелых. В списке также есть сельскохозяйственные учреждения, колледжи и театр кукол.

В списке нет службы на территориях, оккупированных с начала вторжения. Нет и военных организаций — в весеннем приказе была только одна военная часть в Московской области. Это значит, что направлять на должности гражданского персонала в войска вряд ли будут, но если такое случится, можно будет обжаловать это решение и требовать подлинно гражданской службы." (Prisyw k sowesti, 7. September 2023)

Die Soldatenmütter von Sankt Petersburg sind eine 1991 gegründete russische Organisation zur Verteidigung Wehrdienstpflichtiger und ihre Rechte.

- Soldiers' Mothers of Saint-Petersburg: Альтернативная служба – FAQ, ohne Datum <https://soldiersmothers.ru/alternativnaya-sluzhba/faq>

„Статьи 12, 13 главы 2 ФЗ [федеральный закон] ,Об альтернативной гражданской службе‘ содержат информацию о том, как и куда подается заявление, каков порядок подачи заявления и какова процедура предоставления альтернативной гражданской службы. Подавать заявление следует в отдел военного комиссариата, где гражданин состоит на воинском учете. Но рассматривать его по существу должна призывная комиссия в присутствии гражданина. [...]

1. сначала подача заявления,
2. затем рассмотрение заявления на заседании призывной комиссии с принятием заключения о замене военной службы на альтернативную гражданскую службу или решения об отказе в такой замене,
3. а лишь потом явку на медицинское освидетельствование.

[...]

Как бы ни закончилось заседание призывной комиссии, вам следует затребовать решение призывной комиссии (выписку из протокола заседания). [...]

В соответствии с частью 2 статьи 12 ФЗ [федеральный закон] ,Об альтернативной гражданской службе‘ призывная комиссия рассматривает доводы гражданина о том, что несение военной службы противоречит его убеждениям не только на основании выступления на заседании призывной комиссии самого гражданина, но и лиц, согласных подтвердить достоверность его доводов, анализа документов, представленных гражданином, и анализа дополнительных материалов, полученных призывной комиссией. Выступление на призывной комиссии – текст заявления на альтернативную гражданскую службу и выступление самого гражданина на заседании – это обязательные элементы процедуры, все остальное – факультативно. [...]

Велика вероятность, что до начала призывной комиссии будет предпринята попытка под разными предложениями убедить вас сначала пройти медицинское

освидетельствование. Делать этого ни в коем случае нельзя, так как согласно закону вы ещё не готовы к медицинскому освидетельствованию, т.е. не прошли обязательные диагностические исследования, не подготовили медицинские документы, и пришли вы по повестке на призывную комиссию, а не на медицинское освидетельствование. Даже, если вас начинают убеждать, говорить, что вы, может быть, вообще не годны, зачем вам альтернативная служба и т.д.

Спрашивайте должность, ФИО [фамилия, имя и отчество] сотрудника, который вас убеждает, а затем цитируйте часть 1 статьи 10 ФЗ [федеральный закон] ,Об альтернативной гражданской службе', в соответствии с которой предусмотрен следующий порядок направления гражданина на альтернативную гражданскую службу:

1. сначала подача заявления,
2. затем рассмотрение заявления на заседании призывной комиссии с принятием заключения о замене военной службы на альтернативную гражданскую службу или решения об отказе в такой замене,
3. а лишь потом явку на медицинское освидетельствование.

Не исключены попытки со стороны сотрудников проводить с вами ,профилактические беседы', пытаться убедить вас, что вы не правы, подав такое заявление. Этих бесед следует избегать, потому что вам надо сосредоточиться перед заседанием призывной комиссии, а эти беседы вам будут мешать. Продумайте заранее вежливую, но твердую форму отказа вести такие беседы. Не стоит приходить одному. Вам нужны помощники и свидетели: ваши близкие, знакомые. [...]

Требование подавать заявление за полгода действительно содержится в части 1 статьи 11 ФЗ [федеральный закон] ,Об альтернативной гражданской службе': до 1 апреля – те, кто подлежит призыву в октябре – декабре текущего года, до 1 октября – те, кто подлежит призыву в апреле – июне следующего года.

Однако большинство граждан пропускает срок подачи заявления на АГС [альтернативная гражданская служба]. Сам по себе пропуск сроков не может служить основанием для отказа в приеме и регистрации заявления. Отказ может быть дан на основании пропуска сроков, но сделать это может только призывная комиссия на заседании, в присутствии призывника. Самое главное, вы должны четко осознавать, что ваше право на альтернативную гражданскую службу закреплено в главном законе страны — Конституции РФ [Российская Федерация], и вы не лишены этого права, а также права защищать свои права и свободы всеми не запрещенными законом способами (статья 45 Конституции РФ). [...]

Призывная комиссия может, но не обязана отказать в случае, если пропущен срок подачи заявления на АГС. Большая вероятность, что призывная комиссия откажет в замене военной службы на альтернативную гражданскую службу. Но призывная комиссия может счесть причины пропуска сроков подачи заявления уважительными и вынести заключение о замене военной службы на альтернативную гражданскую. Поэтому в своем заявлении, если срок подачи заявления пропущен, просите

призывную комиссию продлить этот срок и принять заключение о замене военной службы на альтернативную гражданскую службу." (Soldiers' Mothers of Saint-Petersburg, ohne Datum)

Die Utschitelskaja Gaseta, die Lehrerzeitung, ist laut eigenen Angaben ein auf den Bildungsbereich spezialisiertes Online-Medium.

- UG - Utschitelskaja Gaseta: Минтруд предложил расширить список организаций, в которых можно будет пройти альтернативную службу [Das Arbeitsministerium hat vorgeschlagen, die Liste der Organisationen zu erweitern, bei denen der alternative Zivildienst absolviert werden kann], 6. September 2023

<https://ug.ru/mintrud-predlozhit-rasshirit-spisok-organizacij-v-kotoryh-mozhno-budet-projti-alternativnuyu-sluzhbu/>

„Перечень организаций, где предусматривается прохождение альтернативной гражданской службы, предлагается расширить на 144 пункта. Минтруд опубликовал проект приказа на официальном портале нормативных правовых актов.

В феврале этого года Минтруд утвердил перечень организаций, в которых можно пройти альтернативную службу. Он составляется на основании предложений федеральных органов исполнительной власти и регионов, в него входят учреждения здравоохранения, социальной сферы, сельского хозяйства и других областей.

Как пояснили в ведомстве, утвержденный в феврале документ содержал более 800 организаций, в которых можно пройти альтернативную службу. Теперь перечень предлагается расширить на 144 учреждения. Таким образом, в списке организаций для прохождения альтернативной гражданской службы будет числиться более 900 учреждений." (UG, 6. September 2023)

The Village ist ein auf kulturelle und gesellschaftliche Themen in russischen Großstädten spezialisiertes Online-Medium.

- Village (The): «Если человек готов отстаивать убеждения, в армию его не призовут» [Wenn jemand bereit ist, für seine Überzeugungen einzustehen, wird er nicht zur Armee geschickt], 22. Juni 2022

<https://www.the-village.ru/city/interview/alternativnaya-sluzhba>

„Юрист Арсений Левинсон, который десять лет помогает призывникам добиваться альтернативной службы, рассказал The Village, как устроена АГС в России, чем угрожают военкоматы молодым людям (и почему их угрозы чаще всего — пустые), насколько свободно можно высказываться о ***** в Украине, зачем надевать розовое на призывную комиссию и куда обратиться за помощью, если вы не хотите в армию. [...] Точной статистики, как часто комиссия отказывает в альтернативной службе, нет, но, по данным Минобороны, отказывают лишь 3 % граждан, то есть почти никому. Но это официальная статистика — по факту отказывают чаще. По моим наблюдениям с этим сталкиваются примерно от трети до половины всех заявителей. [...]

Большинство отказов необоснованны. В решении пишут, что заявитель не убедил членов комиссии, или просто ссылаются на закон, хотя в нем говорится, что решение об отказе должно быть мотивировано. Я думаю, военкоматам сложно признать, что у человека могут быть другие взгляды и что с ними нужно считаться. Члены комиссии могут считать таких людей уклонистами, хотя уклонением это назвать сложно. Очевидно, так быть не должно. Решение должно приниматься исходя не из субъективных оценок, а из правовых принципов.

Помимо этого, АГС плохо встраивается в систему: военкоматы привыкли, что человек либо идет в армию, либо освобождается по здоровью — честным или коррупционным способом. Альтернативная служба предоставляет третий путь — и в армию не идти, и взятку не платить. Это военкоматы не устраивает. [...]

В моей практике было уже три случая, когда кто-то из призывной комиссии угрожал заявителям административным делом о дискредитации вооруженных сил (статья 20.3.3 КоАП [Кодекс Российской Федерации об административных правонарушениях]). В Москве один парень к своей автобиографии приложил антивоенную песню, которую он написал два года назад, и участковый, который сидел в комиссии, угрожал отправить ее на проверку в Следственный комитет, но это было просто запугивание. Второй случай был в Уфе: военный комиссар пожаловался в полицию на заявление на альтернативную службу, в котором призывник выступил против ***** в Украине. В итоге дело не возбудили из-за отсутствия состава преступления.

И вот совсем недавняя история: парень из Ставрополя назвал ***** в Украине ‚отвратительной и преступной‘. Участковый, который не входил в состав комиссии, но почему-то присутствовал на заседании, написал на него рапорт, по итогам которого возбудили дело о дискредитации. В итоге призывника оштрафовали на 40 тысяч рублей, но при этом заменили ему службу на альтернативную. Он будет обжаловать штраф в вышестоящем суде, потому что это абсурд: умысла на дискредитацию не было, заседание было закрытым, а полицейский там был незаконно.“ (The Village, 22. Juni 2022)

Wedomosti ist eine auf Wirtschaftsthemen spezialisierte russische Tageszeitung.

- Wedomosti: Спецоперация не повлияла на число проходящих альтернативную службу в России [Die Spezialoperation hat sich nicht auf die Anzahl derer ausgewirkt, die den alternativen Zivildienst durchlaufen], 31. August 2023
<https://www.vedomosti.ru/society/articles/2023/08/31/992736-spetsoperatsiya-ne-povliyala-na-chislo-prohodyaschih-alternativnuyu-sluzhbu>

„В России альтернативную гражданскую службу (АГС) проходят 1140 граждан, следует из данных Единой межведомственной информационно-статистической системы (ее ведет Росстат) за второе полугодие 2023 г. [...] В первом полугодии насчитывалось 1199 альтернативщиков, максимальное их количество за последние семь лет было зафиксировано во втором полугодии 2016 г. — 1215. С тех пор этот показатель в среднем составляет 1100–1200 человек. Военная операция на Украине,

начавшаяся 24 февраля 2022 г., не оказала влияния на количество проходящих АГС мужчин, более того, во втором полугодии прошлого года АГС выбрало меньше россиян (1152), чем в первом (1166). [...]

Кроме того, с началом спецоперации известно о двух случаях, когда призывников, подававших заявление на прохождение АГС, привлекали к ответственности за дискредитацию вооруженных сил. ,Один случай был в Ставропольском крае и один – в Поволжье, когда в заявлении на АГС граждане высказывали свое отношение к боевым действиям на Украине. Это вызывает иногда острую реакцию у членов призывной комиссии“, – говорит юрист.” (Wedomosti, 31. August 2023)